

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen und abgekürzt zitierte Literatur	XIII

1. Abschnitt. Aktuelle und historische Grundlagen

§ 1. Der Gegenstand des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts	1
I. Gefahrenabwehr	1
II. Polizeirecht und Ordnungsrecht	2
III. Allgemeines und besonderes Recht der Gefahrenabwehr	3
§ 2. Wandlungen des Polizeibegriffs	5
I. Entwicklungslinien	6
II. Der heutige Polizeibegriff	10
§ 3. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts	11
I. Landesgesetze	12
II. Bundesgesetze	17

2. Abschnitt. Die Elemente der Gefahrenabwehr

§ 4. Öffentliche Sicherheit	18
I. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und seine Einteilung in drei Schutzgut-Kategorien	18
II. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	19
III. Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen	21
IV. Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und der sonstigen Träger der Hoheitsgewalt	26
§ 5. Die öffentliche Ordnung	28
I. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	29
II. Reduktion	29
III. Die heutigen Anwendungsfelder	32
IV. Eliminierung des Schutzgutes der öffentlichen Ordnung in einigen Ländern	34
§ 6. Gefahr	34
I. Begriff der Gefahr	34
II. Konkrete Gefahr und abstrakte Gefahr	38
III. Die allgemeine Gefahr – eine bayerische Besonderheit	39
IV. Stufen gesteigerter Gefahr	39
V. Gefahrverdacht	40
VI. Anscheinsgefahr	44
§ 7. Gefahrenabwehr auf der Grundlage von Aufgaben und Befugnissen	45
I. Das Verhältnis zwischen Aufgabe und Eingriffsbefugnis	45
II. Störungsbeseitigung als Erscheinungsform der Gefahrenabwehr	47

3. Abschnitt. Eingriffsbefugnisse und -adressaten

§ 8. Allgemeine und besondere Befugnisse	48
I. Generalermächtigung	48
II. Standardmaßnahmen	50
1. Identitätsfeststellung	51
2. Prüfung von Berechtigungsscheinen	52
3. Befragung und Auskunftsverlangen	52
4. Vorladung	53
5. Platzverweisung	54
6. Aufenthaltsverbot	55
7. Wohnungsverweisung	56
8. Gewahrsam	57
9. Durchsuchung von Personen	60
10. Durchsuchung von Sachen	61
11. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	61
12. Sicherstellung und Beschlagnahme	63
13. Untersuchung von Personen	65
14. DNA-Analyse	65
§ 9. Verantwortlichkeit	66
I. Begriff und Anwendungsbereich	66
II. Unmittelbare Verursachung als Zurechnungsprinzip	68
1. Das Problem der Zurechnung	68
2. Verantwortlichkeit des Zweckveranlassers	70
3. Verantwortlichkeit bei Nutzungskonflikten	72
4. Grenzen der Verantwortlichkeit, allgemeines Kriminalitätsrisiko	74
III. Verhaltensverantwortlichkeit	74
IV. Zustandsverantwortlichkeit	76
V. Verantwortlichkeit von Hoheitsträgern	81
VI. Rechtsnachfolge in die Verantwortlichkeit	83
1. Verhaltensverantwortlichkeit	83
2. Zustandsverantwortlichkeit	84
VII. Verantwortlichkeit mehrerer	84
§ 10. Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Dritter („Polizeilicher Notstand“)	86
I. Grundlagen	86
II. Obdachlosenunterbringung	87
III. Der Notstandseingriff gegen Versammlungen	89

4. Abschnitt. Die Ausübung der Eingriffsbefugnisse

§ 11. Das Ermessen und seine gesetzlichen Grenzen	92
I. Der Ermessensgrundsatz (Opportunitätsprinzip)	92
II. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	94
1. Grundlagen	94
2. Geeignetheit	97
3. Erforderlichkeit	98
4. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	99
III. Schutzansprüche des Gefährdeten	101

Inhaltsverzeichnis

IX

§ 12. Die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	103
I. Regelnde und faktische Eingriffe	103
II. Verwaltungsakte	103
1. Verfügungen	103
2. Rechtsnatur von Standardmaßnahmen	103
3. Verfahren	105
III. Unmittelbare Ausführung einer Maßnahme	108
§ 13. Verwaltungszwang	110
I. Rechtsgrundlagen der Vollstreckung	110
II. Androhung von Zwangsmitteln	113
III. Ersatzvornahme	115
IV. Zwangsgeld	117
V. Unmittelbarer Zwang	118
1. Begriff und Bedeutung	119
2. Verhältnismäßigkeit	120
3. Polizeilicher Zwang außerhalb der Schranken des Polizeirechts?	122

5. Abschnitt. Kosten und Schadensausgleich

§ 14. Heranziehung zu den Kosten der Polizei und Ordnungsverwaltung	124
I. Prinzipien der Kostentragung	124
II. Kostenersatz nach Polizei- und Ordnungsrecht	124
III. Kostenersatz beim Abschleppen verkehrsordnungswidrig geparkter Kraftfahrzeuge	127
IV. Verwaltungskostenrecht (Gebühren und Auslagenersatz)	133
V. Kosten der Hilfeleistung	135
§ 15. Schadensersatz und Entschädigung	137
I. Entschädigung bei rechtmäßigen Eingriffen	137
II. Amtshaftung	140
III. Verschuldensunabhängige Eingriffshaftung bei rechtswidrigen Maß- nahmen	142
IV. Ersatzansprüche geschädigter Unbeteiligter	142
V. Entschädigung bei Nothilfeleistungen	143

6. Abschnitt. Polizei

§ 16. Organisation der Polizei	144
I. Die Länder als Polizeiträger	144
1. Die in Dienstzweige gegliederte Einheitspolizei	144
2. Behörden	145
3. Dienstaufsicht und Fachaufsicht	146
4. Ausübung von Polizeiaufgaben und -befugnissen durch Personen, die nicht Polizisten sind	147
II. Polizei des Bundes	148
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	148
2. Bundespolizei	149
3. Bundeskriminalamt (BKA)	150
III. Polizei und Ämter für Verfassungsschutz	152
IV. Polizei und Sicherheitsgewerbe	153

§ 17. Polizeiliche Gefahrenabwehr	154
I. Polizei und Ordnungsverwaltung: Zuständigkeitsabgrenzung und Zusammenarbeit	154
II. Polizei und öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	157
1. Versammlungsbehörde und Polizei	157
2. Der Begriff der Versammlung und der Schutzbereich der Versamm- lungsfreiheit	159
3. Das Vorfeld der Versammlung	162
4. Polizeibefugnisse während der Versammlung	162
5. Auflösung der Versammlung	163
III. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	163
1. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten im Rahmen der Gefah- renabwehr	164
2. Besondere Polizeibefugnisse zur offenen Informationsbeschaffung ..	166
3. Besondere Polizeibefugnisse zur verdeckten Informationsbeschaf- fung	171
IV. Polizeiliche Datenverarbeitung	176
1. Datenerhebung	177
2. Weitere Verarbeitung der Daten; Grundsatz der Zweckbindung	177
3. Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten	179
4. Auskunftsanspruch	179
§ 18. Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	180
I. Polizeiliche Ermittlungen zur Verfolgung von Straftaten	180
II. Polizeirecht im Bereich der Strafverfolgung	182
III. Doppelfunktionelle Maßnahmen	184
IV. Die Polizei im Ordnungswidrigkeitenrecht	185
§ 19. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Polizei	186
I. Rechtsschutz gegen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	186
1. Rechtsweg	186
2. Verfahren	188
II. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Polizei zur Strafverfolgung	196

7. Abschnitt. Ordnungsverwaltung

§ 20. Organisation der Ordnungsverwaltung	200
I. Die Organisation in den Ländern	200
1. Begriff und Organisationsprinzipien der Ordnungsverwaltung	200
2. Allgemeine Behörden der Gefahrenabwehr	202
3. Sonderordnungsbehörden	203
4. Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz	204
II. Sonderordnungsbehörden des Bundes	205
§ 21. Der Anwendungsbereich des allgemeinen Ordnungsrechts	206
I. Allgemeines und besonderes Ordnungsrecht	206
II. Allgemeines Ordnungsrecht im Bereich der Einzelmaterien des be- sonderen Ordnungsrechts	209
1. Abfallrecht	209
2. Bodenschutzrecht	209
3. Gewerberecht	210
4. Immissionsschutz	211

Inhaltsverzeichnis

XI

5. Gesundheitsüberwachung	212
6. Straßenverkehr	212
7. Wasserrecht	213
8. Naturschutzrecht	213
9. Bauordnungsrecht	213
10. Telemedien, Internet	214
§ 22. Verordnung zur Gefahrenabwehr	215
I. Die Handlungsform der Verordnung und ihre Inhalte	215
1. Begriff und Grundlagen der Gefahrenabwehr-Verordnung	215
2. Inhalte von Verordnungen	216
3. Die Abgrenzung von Verordnung und Allgemeinverfügung	217
II. In Gefahrenabwehrverordnungen geregelte Materien	219
III. Verfahren	222
1. Zuständigkeit	222
2. Form, Verkündung, Inkrafttreten	223
3. Bestimmtheit	224
Sachverzeichnis	225

